

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft
und der weiteren Abgeordneten der PDS
— Drucksache 13/593 —**

Zinsbelastungen der Wirtschaft

Hohe und steigende Zinsen sind ein gravierender Standortnachteil der Bundesrepublik Deutschland. Sie hemmen den wirtschaftlichen Aufschwung, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und behindern die Entwicklung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Vorbemerkung

Die Kapitalmarktzinsen sind nach einer Phase niedriger Zinsen im Jahr 1993 seit Anfang 1994 nicht nur in Deutschland, sondern ausgehend von den USA und mit zunehmender wirtschaftlicher Belebung in vielen Ländern auch weltweit deutlich gestiegen. Im bisherigen Verlauf des Jahres 1995 zeichnete sich wieder ein leichter Rückgang ab.

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland zu den Ländern mit dem relativ geringsten Zinsanstieg. Der rasche Zinsanstieg 1994 dürfte daher auch nicht zu einem gravierenden Standortnachteil der Bundesrepublik Deutschland geführt haben. Insbesondere viele Länder der Europäischen Union haben zur Zeit ein z. T. deutlich höheres Zinsniveau.

1. Laut Bundesbankbericht (Oktober 1994, statistischer Teil, Seite 20/21) sind die Kredite der Kreditinstitute an Nichtbanken von 2,2 Billionen DM im Jahr 1989 auf 4,0 Billionen DM im Jahr 1994 (August) gestiegen (nur Inlandsaktiva der Banken).

Wie hoch sind die dafür aufzubringenden Zinszahlungen insgesamt, und wie gliedern sich die Zahlungen 1989 und 1994 auf:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. März 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- a) öffentliche Haushalte,
- b) private Haushalte,
- c) darunter produzierende Unternehmen,
- d) Handelsunternehmen,
- e) Dienstleistungsunternehmen,
- f) Privatpersonen?

Die Kreditgewährung der deutschen Kreditinstitute an inländische Nichtbanken betrug 1989 nicht 2,2 Billionen DM, sondern rund 2,47 Billionen DM (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Oktober 1994, Statistischer Teil, S. 20). Es ist nicht möglich, die dafür aufzubringenden Zinszahlungen den verschiedenen Kreditnehmergruppen zuzurechnen.

Die deutschen Kreditinstitute haben nach § 26 des Kreditwesengesetzes (KWG) ihren Jahresabschluß dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und der Deutschen Bundesbank einzureichen. In ihrer Gewinn- und Verlustrechnung weisen die Kreditinstitute unter anderem die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften aus (vgl. z. B. Monatsbericht der Bundesbank, Oktober 1994, Tabelle S. 22/23). Eine Pflicht zum Ausweis der ausschließlich aus Kreditgeschäften fließenden Zinseinnahmen ist nach den Vorschriften zur Rechnungslegung der Kreditinstitute nicht gegeben. Bezieht man die Zinserträge auf ein bestimmtes inländisches Kreditvolumen, wäre das Ergebnis auch deshalb unzutreffend, weil in den Zinserträgen auch das Ergebnis der Kreditgeschäfte mit Kreditnehmern im Ausland enthalten ist.

Die im Rahmen der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute sowie der Kreditnehmerstatistik erhobenen Daten (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Oktober 1994, Statistischer Teil, S. 30 bis 32 und S. 50 bis 52) betreffen nur das Kreditvolumen, differenziert nach Schuldnergruppen, Befristung und Arten, geben aber auch keine Auskunft über den von den Kreditnehmern zu tragenden Zinsaufwand.

Aus den Ergebnissen der Bilanzstatistik westdeutscher Unternehmen, die von der Deutschen Bundesbank erhoben wird und deren Ergebnisse zuletzt im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, November 1994, S. 19 bis 39 veröffentlicht wurden, können die Zinsaufwendungen einiger Sektoren nur insgesamt abgeschätzt werden (aktualisiert bis 1992 vorliegend). Diese Zinsaufwendungen betreffen allerdings nicht nur Bankenkredite, sondern auch im Ausland bzw. am Kapitalmarkt direkt beschaffte Mittel:

Zinsaufwendungen in Mrd. DM

Alle Unternehmen		Verarbeitendes Gewerbe		Groß- und Einzelhandel	
1989	1992	1989	1992	1989	1992
56,2	96,7	24,6	41,6	21,4	39,0

Zu weiteren Wirtschaftsbereichen vgl. die Seiten 24 bis 27 des Monatsberichts November 1992 und die Seiten 32 bis 35 des Monatsberichts November 1994.

Die Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte (Öffentlicher Gesamthaushalt) beliefen sich 1989 auf insgesamt 60,8 Mrd. DM und 1994 (nach Schätzung des Finanzplanungsrates) auf 115 Mrd. DM. Über den Anteil der Zinszahlungen, den die öffentlichen Haushalte für Kredite bei Kreditinstituten geleistet haben, liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

2. Nach dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1992 (Drucksache 12/3774, Seite 78) hat sich der Anteil der Zinskosten an den Erlösen der Hauptbereiche gewerbliche Wirtschaft von 6,54 Prozent im Jahr 1989 auf 7,07 Prozent im Jahr 1992 erhöht.
 - a) Wie hat sich dieser Anteil in den Jahren 1993 und 1994 entwickelt?
 - b) Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus der Höhe und Dynamik der Zinsbelastung der Unternehmen für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung?
- a) Nach den revidierten Zahlen im Jahresgutachten 1994/95 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 13/26) hat sich der Anteil der Zinskosten an den Erlösen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung) von 6,54 % im Jahr 1989 auf 6,94 % im Jahr 1992 erhöht. Die entsprechenden Schätzungen des Sachverständigenrates des Zinskostenanteils für 1993 und 1994 belaufen sich auf 7,02 % und 6,70 % (vgl. Tabelle B 1 auf Seite 287 des Gutachtens).
- b) Die aktuellen Zahlen des Sachverständigenrates lassen nicht erkennen, daß es einen eindeutigen Trend zu einem höheren Anteil der Zinskosten an den Unternehmenserlösen gibt. Die Politik der Bundesregierung wird weiterhin darauf gerichtet sein, durch eine konsequente Haushaltskonsolidierung den deutschen Kapitalmarkt zu entlasten.
3. Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung auf die potenten Geschäftsbanken zur stärkeren kredit- und zinspolitischen Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, besonders in den neuen Bundesländern?

Die Bundesregierung nimmt keinen Einfluß auf die Geschäftspolitik der Banken. Durch entsprechende Rahmenbedingungen und freien Marktzugang ausländischer Institute sorgt sie für Wettbewerb unter den Banken.

Ungeachtet dessen erfolgt die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, insbesondere in den neuen Bundesländern, auch durch umfangreiche Förderprogramme der bundeseigenen Banken, wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank.

4. a) Wie haben sich die Gewinnspannen der Banken im Verhältnis zu denen der Wirtschaft und im internationalen Vergleich entwickelt?

- b) Sieht die Bundesregierung, ausgehend von dieser Entwicklung, eine Möglichkeit, auf die Entlastung der Wirtschaft als Kreditnehmer hinzuwirken, um die Standortbedingungen zu verbessern und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen positiv zu beeinflussen?

- a) Die Bezeichnung „Gewinnspanne“ ist als statistisch definierter Begriff nicht bekannt.

Ein Vergleich der absoluten Erträge der Banken mit denen in der übrigen Wirtschaft ist nicht aussagefähig. Bei relativer Betrachtung wird der Jahresüberschuß (vor Gewinnsteuern) üblicherweise bei den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs auf den Umsatz bezogen, bei den Banken dagegen auf das Geschäftsvolumen oder auf die Bilanzsumme. Insofern wäre auch ein so berechneter Vergleich der relativen Erträge nicht aussagefähig. Die Alternative, den Jahresüberschuß der Banken auf einen „Umsatz“ oder den Jahresüberschuß der Unternehmen auf ihre Bilanzsumme zu berechnen, ist nicht möglich bzw. nicht sinnvoll.

Nach einem von der OECD erstellten internationalen Vergleich der Ertragsentwicklung bei Banken („Bank Profitability“, Financial Statements of Banks, 1983 bis 1992, Paris 1994) ergibt sich folgendes Bild:

Jahresüberschuß in Prozent
der durchschnittlichen Bilanzsumme

	1989	1991	1992
Deutschland	0,50	0,58	0,57
Frankreich	0,29	0,29	0,16
Großbritannien	0,18	0,40	0,32
USA	0,78	0,77	1,35
Japan	0,46	0,32	0,26
Schweiz	0,74	0,57	0,57
Italien	1,09	1,22	1,03
Spanien	1,38	1,36	1,08
Portugal	1,02	1,53	0,98
Belgien	0,19	0,31	0,28
Niederlande	0,64	0,51	0,53
Luxemburg	0,31	0,26	0,32
Dänemark	0,28	– 0,01	– 1,20
Schweden	0,47	2,84	0,25
Finnland	0,29	– 0,78	– 2,63
Norwegen	0,24	– 3,04	– 0,22
Österreich	0,44	0,41	0,34
Griechenland	0,50	1,77	1,28
Türkei	2,37	2,86	3,76
Australien	1,11	0,78	– 0,02
Kanada	0,70	1,17	0,53

Die OECD weist darauf hin, daß die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Zahlen allerdings eingeschränkt sind. Die Länder haben unterschiedliche Bankenstrukturen (Universalbank-, Trennbanksysteme). Aus einigen Ländern liegen nur Angaben zu einzelnen Institutsgruppen vor und nicht die Zahlen für alle Banken insgesamt. In diesen Fällen wurden nur die Angaben über die Geschäftsbanken herangezogen.

- b) Die Zinssätze der Geschäftsbanken bilden sich im Wettbewerb der Banken am Markt. Diesen Zinssätzen kommt eine starke Lenkungswirkung zu. Eingriffe in die Zinspolitik der Geschäftsbanken von seiten des Staates hätten unweigerlich Fehlallokationen zur Folge.

5. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.2, 1993 Vorbericht, hat sich die „Bruttowertschöpfung“ der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen im früheren Bundesgebiet von 117,5 Mrd. DM in 1989 auf 169 Mrd. DM in 1993 erhöht. Stellt dieser starke Anstieg auf 148,8 Prozent nicht eine stärkere Gefährdung des Produktionsstandorts Deutschland dar als das Wachstum der Nettolöhne, das in den letzten Jahren häufig nicht die durch staatliche Beschlußfassungen hervorgerufenen Preissteigerungen ausgleicht?

Nach den revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Bruttowertschöpfung der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen im früheren Bundesgebiet von 111,4 Mrd. DM im Jahr 1989 auf 164,5 Mrd. DM im Jahr 1993 gestiegen (Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Reihe 1.3).

Dieser Anstieg steht im Einklang mit dem allgemeinen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft. Außerdem hat die Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zwischen 1989 und 1993 auch zu einer Ausdehnung des Geschäftsvolumens der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen geführt. Hinzu kommt, daß die Nachfrage nach Finanzdienstleistungen in den neuen Bundesländern zum Teil zu einer höheren Bruttowertschöpfung dieses Dienstleistungssektors im früheren Bundesgebiet führt.

Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen erfüllen eine Vielzahl von wesentlichen Aufgaben in einer modernen Volkswirtschaft. Aus einem Anstieg der Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs läßt sich deshalb nicht eine Belastung für den Produktionsstandort Deutschland ableiten.

6. Wie nimmt die Bundesregierung darauf Einfluß, daß die hohe Differenz zwischen Kreditnahme- und Kreditvergabebezinsen und die Belastung der Unternehmen und der Privatkunden durch hohe Bankgebühren begrenzt wird?

Die Bundesregierung nimmt keinen Einfluß auf die Höhe der Kreditzinsen und der Bankgebühren. Die Kreditinstitute unterliegen bei ihrer Preisgestaltung keinen staatlichen Bestimmungen. Weder das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen noch andere staatliche Stellen können in die Gebührenpolitik der Kreditinsti-

tute unmittelbar eingreifen oder gegen – aus der subjektiven Sicht der Bankkunden – ungerechtfertigt erscheinende Preise vorgehen. Die Preispolitik ist ebenfalls eine geschäftspolitische Entscheidung der einzelnen Kreditinstitute. Betriebswirtschaftliche Erwägungen spielen hierbei eine große Rolle. Letztlich muß der Wettbewerb entscheiden, welchen Preis die Banken für ihre Dienstleistungen am Markt durchsetzen können.

